

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 15 (1974)
Heft: 23

Artikel: Der Kommentar
Autor: J.S.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095252>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Fall Argentinien

Von Alphonse Max

Unter dem Druck des Terrors hatte das argentinische Parlament vor kurzem ein Gesetz angenommen, wonach bestimmte subversionsfördernde Delikte mit zwei bis acht Jahren Gefängnis bestraft werden können. Ueber seine Wirksamkeit hatte man allerdings keine grossen Illusionen, und inzwischen hat es sich auch gezeigt, dass die Terroristen sich keineswegs abgeschreckt fühlen. Viele ihrer Führer sassen schon einige Male im Gefängnis, waren aber jeweils nach kurzer Zeit wieder auf freiem Fusse, sei es aufgrund von Amnestien, sei es aufgrund erfolgreicher Flucht oder auch einfach deshalb, weil man sie mangels Beweisen freilassen musste, da sich verängstigte Zeugen nicht zu Aussagen hergeben wollten. So fühlen sich die Guerilleros gegen gesetzliche Vorkehrungen immun; was sie allenfalls zu fürchten haben, ist die Konkurrenz im Untergrund, die ebenso ungesetzlich vorgeht wie sie selber.

Ausnahmezustand gab es de facto schon vorher

Die Tatsache, dass in den letzten Wochen eine Abnahme der Entführungsfälle in Argentinien registriert wurde, ist nicht auf das Gesetz zurückzuführen, denn in der gleichen Zeit hat die Anzahl politischer Morde vor allem an Mitgliedern der Streitkräfte bedeutend zugenommen. Das beweist, dass die Guerilla zurzeit über genügend Fonds verfügt und der Einschüchterung

der Militärs und der daraus möglicherweise entstehenden Spaltung der Streitkräfte die Priorität gibt.

Der Einsatz der Streitkräfte in den Kampf gegen die Guerilla kann jedoch verfassungsmässig nur erfolgen, wenn das Parlament den Ausnahmezustand erklärt. Das wollte die Regierung vermeiden, um den Militärs nicht wieder zu viel Macht in die Hände zu legen. Es kam doch dazu.

Zuerst hatte man übersehen, dass Argentinien

de facto schon in einem Ausnahmezustand lebte: niemand wird es einfallen, es als normal zu bezeichnen, wenn fast täglich Menschen ermordet werden (im September allein waren es 27!), Entführungen und Raub am laufenden Band stattfinden, und sich viele Bürger überhaupt nicht oder nur mit Leibwächtern auf die Strasse trauen. Je grösser das Ausmass der Terrororganisationen, desto grösser die Zahl der Opfer unter den Unbeteiligten, die unbeabsichtigt darunter zu leiden haben werden, wenn der Kampf einmal, wie es unausweichlich ist, richtig beginnt.

Inzwischen ermorden die Guerilleros weiter Mitglieder der Streitkräfte, mit der Absicht, die Militärs derart zu provozieren, dass sie — oder ein Teil von ihnen — die gegenwärtige Lage nicht mehr aushalten und einen Staatsstreich durchführen. Dies würde den Terroristen den Vorwand liefern, gegen eine verfassungswidrige Regierung zu kämpfen und ihren eigenen Machtanspruch zu legitimieren.

Das fiktive Asylgesuch

Eine neue Masche hat der Altkommunist und ehemalige Rektor der Universität von Buenos Aires, Rodolfo Puiggrós, erfunden: Er betrat die mexikanische Botschaft in Buenos Aires und suchte dort um politisches Asyl nach. Wenige Stunden darauf wurde ihm das vom mexikanischen Präsidenten Echeverría auch gewährt. Die argentinische Regierung protestierte: Die Bedin-



Portugal und Westeuropa

Die Äusserungen der portugiesischen KP oder ihres Chefs (S. 2 ff.) müssen in ihrer erheblichen Bedeutung eingesehen werden, denn die Partei erhebt Anspruch auf Führung in Staat und Gesellschaft, und das möglichst im Namen des ganzen Volkes. Nur wird aus ihrer provisorischen Parole «nicht ohne uns...» die definitive Losung «... aber ohne die andern».

Sozusagen noch demokratische Mitsprache hatte Generalsekretär Cunhal unmittelbar nach dem April-Umsturz gefordert, aber bereits mit der Annassung, «die» Werktätigen und «die» Opposition zu vertreten:

«Es kann in Portugal keine Freiheit geben, solange die KP zur Illegalität verurteilt ist (...). Das sicherste Anzeichen für die Errichtung der Freiheit in Portugal wird die Legalität der KP sein. Die Errichtung eines demokratischen Portugals ist übrigens nicht möglich ohne die aktive Teilnahme unserer Partei, der Partei der Werktätigen, der grossen Partei der demokratischen Opposition.» («Humanité», 29. 4. 1974, zitiert in «Informationsbulletin» Nr. 8/9, 1974)

Was für eine Demokratie ist das, welche «die grosse Realität» der KP zur Vorbedingung hat?

Cunhal Ende Juli in einem Interview mit der Lissaboner Zeitung «Diario de Noticias»:

«Die PKP erklärte vor dem Land und dem Ausland, dass sie eine grosse Realität des politischen Lebens in Portugal, eine unabdingbare Kraft für die Institution und Konstruktion eines demokratischen Regimes in Portugal ist.» («Informationsbulletin», Nr. 14/1974)

Anfänglich ging es noch darum, den Demokratiebegriff der pluralistischen Partner auszunützen, aber wenn die PKP erst eine Führungsrolle innehat, wird sie auf ihren eigenen und durchaus exklusiven Demokratiebegriff zurückkommen und als angeblich höchste Stufe der Demokratie die angebliche Diktatur des Proletariats hervorheben, die ja nie etwas anderes ist als die Diktatur der Partei im Namen des Proletariats. Diese Selbstverständlichkeit des Marxismus-Leninismus, zu dem sich die portugiesische KP schliesslich bekennt, wird den landeseigenen Massen vorderhand noch nicht mitgeteilt; dazu wird es noch früh genug sein, wenn es ihnen verwehrt sein wird, sich zu dieser monolithischen Regelung anders als mit Zustimmung zu äussern. Die Vorstufe dazu allerdings, die systematische Einschüchterung von Alternativkräften, die sich unter demokratischen Bedingungen formieren könnten, ist durchaus schon erreicht. Die Salomitaktik pflegt nicht zuletzt deshalb zu funktionieren, weil die späteren Opfer immer versuchen, sich durch Passivität in den ersten Stadien über weitere Runden zu retten.

Die kommunistische Machtübernahme in Portugal wird ganz direkt die Schaffung eines Moskauer Brückenkopfes bedeuten, denn gerade die portugiesische KP ist dem Moskauer Modell und dem Moskauer Diktat ganz und gar verhaftet.

Cunhal hatte schon 1962, als der kommunistische Polyzentrismus noch eine Zukunft schien, das Programm der KPdSU als bindend akzeptiert, und dies vor der ganzen «sozialistischen Welt» in der «Prawda», dem Zentralorgan des Moskauer Lagers. Und diese bedingungslose Moskautreue hat ihre Bewährungsprobe bestanden, als Cunhal im Juni 1969 auf der kommunistischen Weltkonferenz in Moskau die Invasion der Tschechoslowakei öffentlich rechtfertigte und die Breschnew-Doktrin verteidigte. Damit hat er auf die Souveränität eines künftigen «sozialistischen» Portugals vor der ganzen kommunistischen Öffentlichkeit feierlich verzichtet und seine Heimat für die Zeit nach der Machtübernahme durch die KPK der Sowjetunion unterstellt.

Viele Bürger in Portugal, denen in den Jahrzehnten der Salazar- und Caetano-Diktatur die marxistisch-leninistische Fachliteratur nicht zugänglich war, begreifen die Tragweite dieser Äusserungen nicht und berücksichtigen nur die heutigen taktischen Äusserungen Cunhals. Das gleiche trifft allerdings auch auf einen beträchtlichen Teil der westlichen Öffentlichkeit zu, der es nicht so sehr an der Information als an ihrer Kenntnisnahme gefehlt hat. Man vergisst, dass die Taktik einer KP immer eine Zickzacklinie sein muss und der Strategie untergeordnet ist. Die Strategie bleibt die Liquidierung der Unabhängigkeit zugunsten der kontinentalen Supermacht im Sinne der beschränkten Souveränität.

Bereits sitzt in der Regierung Portugals, einem westeuropäischen Land und einem NATO-Mitglied, ein ganz direkter und erklärter Sachwalter Moskaus. Von der weiteren Entwicklung wird offensichtlich nicht nur Portugal allein betroffen.

J. Sz.